

# Berichte



2009

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

Deutsches Institut für Urbanistik

1

	<b>Standpunkt</b>		<b>Neue Projekte</b>
2	Vom Konjunkturpaket II zum Abbau des Investitionsrückstandes	14	Neuer Wettbewerb: Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme
	<b>Difu-Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen</b>	14	Transnationale Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation, Klimawandel, alternative Energien
4	Städte im europäischen Verfassungssystem	15	Welche Gewerbeflächen braucht die Stadt?
6	ServiceStadt Berlin 2016		<b>Veranstaltungen</b>
8	Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen	15	Innovationsförderung durch öffentliche Beschaffung?
10	Städtische Kulturförderung	16	Difu-Ansprechpartnertreffen 2009 in der Stadt Leipzig
11	Kommunaler Beratungsbedarf in ausgewählten europäischen Ländern	16	<b>Difu-aktiv</b>
12	Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost	17	<b>Difu-intern</b>
13	Kommunalwissenschaftliche Prämienschreibung 2008	18	<b>Neues im Difu-Internet und -Extranet</b>
		19	<b>Mediennachlese</b>
		19	<b>Impressum</b>
		20	<b>Bestellschein</b>

# Vom Konjunkturpaket II zum Abbau des Investitionsrückstandes



Univ.-Prof. Dr.-Ing.  
Klaus J. Beckmann



Dr. rer. pol. Busso Grabow

## Kommunale Infrastruktur und Investitionsbedarf

Die Schwierigkeiten der Städte und Gemeinden, eine ausreichende Infrastruktur bereit zu stellen, zu erhalten und zu betreiben, sind bekannt. Sie werden bei Haushaltsberatungen, bei der Aufstellung kommunaler Investitionsprogramme und der Vorbereitung der mittelfristigen Finanzplanung deutlich. Dies gilt vor allem für Städte, die der Haushaltssicherung unterliegen.

Klagen über mangelhaften Erhalt von Schulen, kommunalen Verwaltungsgebäuden, Kindergärten oder Straßen steht der Vorwurf unzureichender Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sowie der nicht voll kompensierten Lastenübertragungen durch Bund und Länder auf die Gemeinden (z.B. bei der Kleinkinderbetreuung) gegenüber.

Dabei steht Infrastruktur nicht nur für die Lebensqualität, sie ist auch eine öffentliche Vorleistung zur Sicherung von Standortqualitäten für Wohnen, Handel, Gewerbe und Industrie. Vernachlässigung der Infrastruktur führt zu überproportional steigendem Verschleiß und zu frühzeitigem Ersatzbedarf. Dadurch steigen nicht nur Kosten, es sinken auch die Leistungsqualitäten in Bildung, Ausbildung, Gesundheit, Betreuung, Produktion und damit das Produktivitätswachstum. Marode Straßen und Brücken mit Gewichtsbegrenzungen bergen zusätzliche Gefahren; Umwegfahrten und Verkehrsstaus belasten Fahrzeugnutzer und Umwelt. Besonders eindrucksvoll ist die Abhängigkeit des Lernerfolgs von der Qualität der Schulgebäude (Raumklima, Flächenbereitstellung, optische Qualitäten usw.) nachgewiesen (vgl. Branham 2002, Lawrence 2003).

Die Difu-Schätzungen (Reidenbach u. a. 2008) des kommunalen Investitionsrückstands zeigen einen Nachholbedarf von insgesamt 75 Mrd. Euro (Bezugsjahr 2007). Grundlage ist eine Schätzung des kommunalen Investitionsbedarfs in Höhe von 704 Mrd. Euro für den Zeitraum 2006 bis 2020, also eines jährlichen Investitionsbedarfs von 47 Mrd. Euro, dem 2005 beispielsweise nur 40 Mrd. Euro an getätigten Investitionen

gegenüber standen. Hierbei ist nicht nur der Investitionsbedarf der Kommunen („Kämmerhaushalte“), sondern auch der der kommunalen Unternehmen einbezogen, die jeweils etwa die Hälfte ausmachen. Der Investitionsstau (Nachholbedarf) ist besonders hoch bei den kommunalen Straßen (30,9 Mrd. Euro), den Schulen (6,0 Mrd. Euro) und den Sportstätten (4,4 Mrd. Euro).

Schulen weisen bis 2020 den höchsten Investitionsbedarf mit 78,5 Mrd. Euro zur Sanierung und Aufrechterhaltung einer angemessenen Qualität auf. Allein für die Erneuerung vorhandener Schulgebäude sowie deren Ausrüstung (Ersatzbedarf) sind Investitionen in Höhe von 28,5 Mrd. Euro in den alten Bundesländern und 6,6 Mrd. Euro in den neuen Bundesländern bereitzustellen. Der Erweiterungsbedarf aus veränderten Anforderungen an die Schulgebäude (z.B. für Mensen und Arbeitsräume für den Ganztagsunterricht) wurde für die alten Bundesländer mit 32,3 Mrd. Euro, für die neuen Bundesländer mit 5,2 Mrd. Euro geschätzt.

## Konjunkturprogramm als Chance?

Zunächst war die Enttäuschung in den Gemeinden groß, als das Konjunkturpaket I im Gesamtvolumen von 50 Mrd. Euro nur vier Mrd. Euro für die Kommunen – insbesondere für CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung und als Infrastrukturkreditprogramm der KfW für strukturschwache Gemeinden – vorsah, die durch steuerliche Einbußen zur Finanzierung des Gesamtpaket weitgehend wieder „aufgefressen“ werden. Dann richtete sich die Hoffnung auf das Konjunkturpaket II mit einem Investitionsprogramm von 13,3 Mrd. Euro (mit 25 Prozent Länderanteil). Darin ist für Gemeinden ein Betrag von ca. zehn Mrd. Euro vorgesehen, da die Mittel für Kliniken und Hochschulen, die nicht in kommunaler Trägerschaft stehen, bei den Ländern verbleiben.

Diese Größenordnung von etwa zehn Mrd. Euro stimmt in etwa mit dem Bedarf überein, der in der Difu-Studie in einem Szenario als notwendige Zuweisungen und Fördermittel von Bund, Ländern oder der EU an die Gemeinden für erforderlich erachtet wurde

(12,5 Mrd. Euro) – dies allerdings unter der Voraussetzung, dass eine Gesamtstrategie von Maßnahmen und Finanzierungsinstrumenten eingesetzt wird. Da diese Voraussetzungen – wie ein strategisches Investitionsmanagement, veränderte Kostenanlastungen usw. – allerdings nicht erfüllt sind, bleibt es nur eine rechnerische, aber keine tatsächliche „Punktlandung“ des Konjunkturprogramms II.

Unter konjunkturellen Gesichtspunkten und den erhofften Wirkungen auf Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt ist eine zügige und flexible Umsetzung der Mittel des Konjunkturprogramms unabdingbare Voraussetzung. Insofern sind alle Verteilprogramme, die vereinfachte Verteilmechanismen nach Einwohnerzahl, Flächenmaßstab und/oder zentralörtlichen Funktionen – z. B. in Anlehnung an Schlüsselzuweisungen – zugrunde legen, pragmatisch. Vorschläge und Ansätze zu differenzierten Verteilungskriterien wären eher theoretischer und hinsichtlich der Züchtigkeitsanforderungen kontraproduktiver Natur.

Die nach Artikel 104 b verfassungsrechtlich gebotene Ausklammerung von Leistungsbe-  
reichen, in denen der Bund keine Gesetzgebungskompetenz hat, ist zwar nachvollziehbar, berücksichtigt aber nicht die Bedarfssituation der Städte und Gemeinden. So ist etwa der Mitteleinsatz für den kommunalen Straßenbau und den Bau sowie die Erhaltung von Anlagen des – insbesondere schienengebundenen – ÖPNV ausgeschlossen. Eine Tatsache, die dem Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden bis 2020 mit 161,6 Mrd. Euro für den kommunalen Straßenbau und mit 38,4 Mrd. Euro für den öffentlichen Personennahverkehr – mit einem Ersatz- und Nachholbedarf von 73,4 Mrd. Euro für den kommunalen Straßenbau und 29,2 Mrd. Euro für den öffentlichen Personennahverkehr – nicht entspricht.

Die stärkere Fokussierung des Konjunkturpakets II auf hochbau- und gebäudeenergetische Maßnahmen dient dem Bildungsbe-  
reich, den Bereichen der Kinderbetreuung, der Verwaltung und den Krankenhäusern, führt dort aber wegen der zeitlichen Massierung der Nachfrage nach gleichen oder ähnlichen Bauleistungen möglicherweise zum Ansteigen der Baupreise. Dies würde bedeuten, dass mit gleichen Mittelvolumina wegen der steigenden spezifischen Preise („Einheitspreise“) weniger Bauleistungen erbracht werden könnten.

Abgesehen von der zweifellos sinnvollen Rahmensetzung, die besagt, dass 65 Prozent der Mittel in den Bildungsbereich fließen

sollen, ist es vernünftig, zuallererst auf Maßnahmen zu setzen (Grabow 2009),

- „die sich selbst möglichst kurzfristig refinanzieren und für die bisher nur die Anschubfinanzierung fehlte (z. B. energetische Sanierung),
- die schnell umsetzbar sind oder die vorgezogen werden können,
- die keine wesentlichen Folgekosten auslösen,
- die in Bereichen angesiedelt sind, in denen der Investitionsstau und Investitionsbedarf besonders hoch ist,
- die in engem Zusammenhang mit anderen ausgewiesenen politischen Prioritäten stehen (z. B. Klimaschutz, Integration und Sicherung von Arbeitsplätzen) oder
- die die sozialen Folgen des Abschwungs auffangen, z. B. Infrastrukturmaßnahmen in sozial benachteiligten Quartieren.“

### **Strategische Steuerung als hilfreiche Vorarbeiten**

Für Städte und Gemeinden, in denen qualifizierte Vorarbeiten vorliegen, ergeben sich die größten Chancen für eine dringlichkeitsorientierte Mittelverwendung. Diese sind insbesondere dann zu unterstellen, wenn kontinuierliche und prioritätenorientierte Programmplanungen für Ausbau/Neubau, Umbau, Erneuerung beispielsweise der Schulen – insbesondere auch unter energetischen Gesichtspunkten – erarbeitet und für prioritäre Projekte in Objektplanungen umgesetzt worden sind. In diesen Fällen können Zufälligkeiten der Projektauswahl – zum Teil auch in ihrer Beeinflussung durch Interessenlagen und kurzfristige (parteilpolitische) Interessendurchsetzungen – eher vermieden und damit ein hoher betriebs- und volkswirtschaftlicher Ertrag für die Städte erzielt werden. Grundsätzlich ist die politische Schwerpunktsetzung auf Maßnahmen der Bildungs- und Gesundheitsbereiche legitim und zukunftsorientiert – allerdings unter der Voraussetzung fundierter, abgewogener Programmplanungen und weitgehender Konstanz der Baupreise. Dies ist jedoch nur dann zu unterstellen, wenn gleichzeitig die Nachfrage nach Bauleistungen aus dem Wirtschaftsbereich (Industrie, Gewerbe, Handel) wie auch des Wohnungsbaus aus konjunkturellen Gründen deutlich zurückgeht.

### **... und danach?**

Das Konjunkturpaket II setzt voraus, dass die bereitgestellten Mittel in den Jahren 2009 und 2010 – davon mehr als 50 Prozent in 2009 – verausgabt und ausschließlich für zusätzliche Projekte eingesetzt werden, die noch nicht begonnen und in die Haushalts-

## **Tipps zum Weiterlesen**

- Branham, David (2002): *The Wise Man Builds His House Upon the Rock: The Effects of Inadequate School Infrastructure on Student Performance*, Houston.
- Grabow, Busso (2009): *Kommunale Infrastruktur: Nur mit Bedacht investieren bringt auch nachhaltige Effekte*, Ifo-Schnelldienst 2/09.
- Lawrence, Barbara Kent (2003): *Save a Penny, Loose a School: The Real Cost of Deferred Maintenance*, Washington D.C.
- Reidenbach, Michael, u.a. (2008): *Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien*, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 4.

Univ.-Prof.  
Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann  
Telefon: 030/39001-214  
E-Mail: beckmann@difu.de

Dr. rer. pol. Busso Grabow  
Telefon: 030/39001-248  
E-Mail: grabow@difu.de

planungen eingestellt worden sind. Wird unterstellt, dass keine weiteren Programme zur konjunkturellen Stabilisierung aufgelegt werden und somit die Verteilung der Mittel auf die Ressorts im mehrjährigen Betrachtungshorizont unverändert bleibt, so ist zu erwarten, dass nach Abschluss des Konjunkturpakets II die eingesetzten Mittel bei allen Beteiligten auch wieder sektoral eingespart werden. Dies würde bedeuten, dass zwar sektoral der Nachholbedarf konzentriert und vorgezogen abgebaut worden wäre, aber nachfolgend wieder kumulieren würde. Refinanzierungserfordernisse und verstärkte Bevorzugungen zurückgestellter Infrastrukturbereiche in den Nachfolgejahren bedeuten in der Gesamtbilanz jedoch keine zusätzlichen Mittel, sondern nur ein Vorziehen von Investitionen – möglicherweise mit sektoralen Preissteigerungen. Was bleibt, ist die erhoffte konjunkturelle Wirkung und die Erkenntnis, dass auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur transparente und zielorientierte Programmplanungen Voraussetzungen effektiver und effizienter Maßnahmenumsetzungen sind. Dies bedeutet aber auch, dass trotz aller Haushaltsschwächen der Städte und Gemeinden personelle und finanzielle Ressourcen für eine verantwortbare Programm- und Objektplanung auch in Zukunft bereitgestellt werden müssen.

Dem aktuellen Investitionsrückstand von 75 Mrd. Euro stehen aus beiden Konjunkturpaketen zusammen maximal nur zehn bis elf Mrd. Euro zur Verringerung des Investitionsrückstands gegenüber. Es bedarf also einer Reihe flankierender Maßnahmen von Bund, Ländern und vor allem Städten und Gemeinden, um den Investitionsrückstand nachhaltig abzubauen.

Handlungsansätze, wie sie in der Difu-Studie (Reidenbach u.a. 2008) dazu vorgeschlagen sind, liegen in drei Bereichen:

- in der verstärkten strategischen Ausrichtung des Investitionsmanagements unter Anwendung des Lebenszyklusansatzes und im Einsatz Kosten minimierender Unterhaltungsstrategien,
- in der intelligenten Finanzierung der Investitionen, zu denen auch Fremdfinanzierungsmodelle wie beispielsweise das Contracting gehören, welches unter Umständen ganz ohne Kapitaleinsatz seitens der Kommunen auskommen kann und
- im vorsichtigen Ausbau von Public Private Partnership-Projekten (PPP) als integriertem Strategie- und Finanzierungsansatz in ausgewählten Infrastrukturbereichen, etwa bei Schulen oder im Bereich Sport/Freizeit/Tourismus (dies allerdings nur, wenn die Vorprüfungen zu belastbaren Wirtschaftlichkeitsvorteilen kommen).

## Städte im europäischen Verfassungssystem

Ende Mai 2008 diskutierten Experten aus Wissenschaft und Praxis im Rahmen eines vom Difu gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag durchgeführten Symposiums das Thema „Städte im europäischen Verfassungssystem“. Die Ergebnisse dieser Diskussion sowie der vorlaufenden Untersuchung, die das Difu mit Unterstützung von Prof. Dr. Gerd Schmidt-Eichstaedt (Berlin) durchgeführt hatte, wurden in der Reihe „Difu-Impulse“ veröffentlicht. Dokumentiert werden Beiträge zum Inhalt und zur Durchsetzbarkeit des Subsidiaritätsprinzips zugunsten der Kommunen in der EU (Hölscheidt), zur Rolle des Europäischen Parlaments bei der Sicherung und Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung in Europa (Hoppenstedt), zur Gesetzesfolgenabschätzung in der Politik der Europäischen Kommission als Instrument zum Schutz der kommunalen Selbstverwaltung (Karpen), zur Konsultation der

Kommunalen Spitzenverbände in den Verfahren zum Erlass von Richtlinien und Verordnungen der EU (Leitermann) sowie zur Rolle des Ausschusses der Regionen (AdR) bei der Sicherung und Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung in Europa (Stahl).

Das Symposium fand vor dem Hintergrund des im Dezember 2007 verabschiedeten EU-Reform-Vertrags von Lissabon statt. Wenn der Reform-Vertrag durch Ratifikation in allen EU-Mitgliedstaaten in Kraft getreten sein wird, wird er die kommunale Selbstverwaltung an verschiedenen Stellen ausdrücklich herausstellen. So achtet die Union die nationale Identität der Mitgliedstaaten, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt. Auch das Subsidiaritätsprinzip wird als Maßstab für das Han-



deln der EU betont. Dies soll insbesondere durch umfangreiche Anhörungen, durch die Beteiligung des AdR und durch spezielle Darlegungs- bzw. Begründungspflichten umgesetzt werden. Auch wird es verbesserte Klagebefugnisse im Hinblick auf eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips geben.

Die Diskussion verdeutlichte, dass die mit dem Lissaboner Vertrag verbesserte Rechtsposition der kommunalen Belange allein nicht gewährleisten wird, dass diese im Rahmen der komplexen Entscheidungsprozesse der EU besser zum Tragen kommen als bisher. Die Zahl der Mitgliedstaaten, die wiederum sehr unterschiedliche politische Systeme haben, die entsprechend vervielfachte Zahl der Akteure, die Einfluss auf Entscheidungsprozesse innerhalb der europäischen Kommission zu nehmen versuchen, und eine Reihe weiterer Faktoren sind erschwerende strukturelle Rahmenbedingungen. Insgesamt bleibt es jedoch auch angesichts dieser bevorstehenden Neuregelungen dabei, dass kommunale Belange auf der Ebene der EU nur schwach vertreten sind. Daraus ist eine Reihe von Problemen erwachsen, die den Kommunen große Schwierigkeiten bereiten:

- die zum Teil überzogenen Anforderungen des europäischen Vergaberechts (z.B. in Bezug auf gemeinsame Aufgabenerledigung mehrerer Kommunen, auf Bauverpflichtungen bei der Veräußerung kommunaler Liegenschaften);
- unangemessene Vorgaben für Beschaffungen unterhalb der Schwellenwerte der Vergaberichtlinien;
- fehlende Abgrenzung wirtschaftlicher von nicht wirtschaftlichen Dienstleistungen;
- Einführung komplizierter neuer Verfahren, die von den Kommunen zu beachten sind (Umweltprüfung, Monitoring, Ausschreibungspflichten, Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie etc.);
- Einführung von hohen Schutzniveaus, kombiniert mit Verfahrensanforderungen und materiellen Schranken (z.B. FFH- und Vogelschutzrichtlinie);
- Einführung materieller Vorgaben zur Beurteilung von Umweltauswirkungen (Luftqualitätsrahmenrichtlinie und Tochterrichtlinien) und neuer methodischer Standards (Umgebungslärmrichtlinie).

Angesichts dieser Kritikpunkte ist es für die Kommunen ein zentrales Anliegen, ihre Position in Europa wenigstens künftig zu stärken. Besonders relevant wird dies bei der Debatte um die Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge wurde dem Bereich der kommunalen Selbstverwaltung zugerechnet. Diese Zuordnung steht jedoch

angesichts des europäischen Wettbewerbs- und Vergaberechts unter anhaltendem Rechtfertigungserfordernis. Selbstverantwortete Daseinsvorsorge auf örtlicher Ebene als Ausdruck des Demokratieprinzips steht gegen das berechnete Interesse der Gemeinschaft an einem freien, transparenten und gleichberechtigten Wettbewerb. Die Politik der europäischen Kommission hat bisher einen angemessenen Ausgleich der gleichermaßen berechtigten, aber miteinander konkurrierenden Interessen nicht erreicht.

Gemeinsame und vorrangige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln der Kommunen im europäischen Politiksystem ist es, anstehende Probleme so frühzeitig wie möglich zu erkennen und zu analysieren, damit Lösungsstrategien und ggf. Datenerhebung rechtzeitig organisiert werden können. Schmidt-Eichstaedt schlägt in seinem Fazit zu den Ergebnissen des Symposiums vor, als konzertierte Maßnahme der Spitzenverbände ein periodisch einzuberufendes hochrangig besetztes Expertengremium zu etablieren, in dem aktuelle kommunalwissenschaftliche und -politische Themen mit europäischer Relevanz beraten und Empfehlungen ausgearbeitet werden.

#### **Empfehlungen zur besseren Vertretung kommunaler Belange in der EU**

- Die Besetzung der deutschen Sitze im Ausschuss der Regionen (AdR) muss zu Gunsten der Kommunen geändert werden. Derzeit werden 21 der 24 Sitze von den Ländern und nur drei Sitze von Kommunen eingenommen. Bei der anstehenden Erweiterung des AdR sollte ein Verhältnis von 50:50 angestrebt werden.
- Die Kommunen – insbesondere die kommunalen Spitzenverbände – sollten von *allen* Bundes- und Länderressorts an *allen* kommunalrelevanten Fragen und Vorhaben rechtzeitig beteiligt werden.
- Die Kommunen müssen sich aktiv und vorsorglich in den Prozess der Gesetzesfolgenabschätzung auf europäischer Ebene einschalten. Denn die Mehrzahl aller Gesetze wird von den Kommunen ausgeführt. Die Verwaltungskraft und die informationelle Kompetenz der Kommunen (ihr Datenfundus und ihr Datenzugriff) müssen gestärkt werden.
- Die parlamentarische Legitimation der Kommunen als eigenständige dritte Säule des Staatsaufbaus der Bundesrepublik muss stärker betont werden. Die Kommunen stellen eine eigene, verfassungsrechtlich geschützte Ebene der Staatsverwaltung dar. Sie besitzen eigene, auch europarechtlich unentziehbare Kompetenzen.

**Weitere Informationen:**  
Privatdozent Dr. Arno Bunzel  
Telefon: 030/39001-238  
E-Mail: bunzel@difu.de

**Bestellung:**  
siehe Bestellschein

# ServiceStadt Berlin 2016

## Difu legt aktuelle Studie vor

Wie werden sich die Rahmenbedingungen der Erstellung öffentlicher Leistungs- und Serviceangebote mittelfristig entwickeln? Wie sollten die Städte angesichts der zu erwartenden Veränderungen aufgestellt sein und welche konkreten Schritte müssen dazu bereits heute eingeleitet werden? Antworten darauf hat das Deutsche Institut für Urbanistik im Rahmen eines gerade abgeschlossenen Projekts für die Verwaltung des Landes Berlin gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und unter Beteiligung weiterer Fach- und Führungskräfte aus Berliner Senats- und Bezirksverwaltungen mittels eines innovativen methodischen Ansatzes erarbeitet, der nicht nur auf die speziellen Berliner Ausgangsbedingungen anwendbar ist.

## Hintergrund

Die zahlreichen Aktivitäten zur Verwaltungsmodernisierung haben auch in Berlin dazu geführt, dass die Erstellung des breiten Spektrums der an Bürger sowie an die Wirtschaft gerichteten Dienstleistungen den heutigen Anforderungen gerecht wird. Doch der Anpassungsdruck nimmt zu. Die Veränderung vor allem demographischer, technologischer, gesellschaftlicher, finanzieller und ökonomischer Rahmenbedingungen entwickelt eine Dynamik, die Städte und Gemeinden stärker als bisher zu vorausschauendem Handeln zwingt. Eine wesentliche Voraussetzung für ihre Zukunftsfähigkeit wird durch die Entwicklung einer die spezifischen lokalen und regionalen Ausgangsbedingungen berücksichtigenden, zumindest mittelfristigen Modernisierungsstrategie auf der Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtung aller relevanten Einflussfaktoren geschaffen. Die nun für Berlin vorgelegte Studie unterstützt alle an diesem Prozess Beteiligten, indem sie strategische Handlungsfelder aufzeigt und konkrete Hinweise für die operative Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse gibt.

## Praxisorientierte Herangehensweise

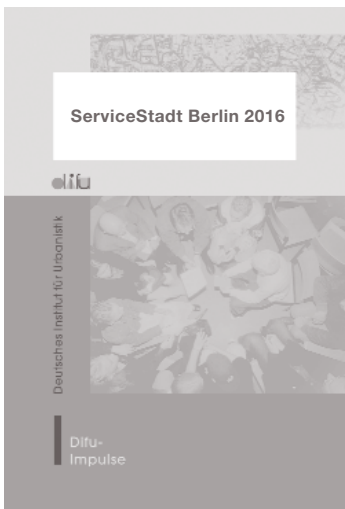
Um dem hier zugrunde liegenden umfassenden Untersuchungsziel gerecht werden zu können, wurden die eingangs genannten Untersuchungsfragen weiter differenziert. Dabei wurde berücksichtigt, dass es sowohl nachfrageorientierte Aspekte gibt, als auch solche, die sich insbesondere aus den veränderten Handlungsmöglichkeiten auf der Anbieterseite ergeben. Beantwortet werden sollte beispielsweise, welche zukünftigen

Bedarfe zu berücksichtigen sind, oder wann, an welchen Orten und auf welchen Wegen die Leistungen bereitgestellt werden sollen. Auf diese Weise konnten nicht nur die notwendigen Handlungsansätze für die zukünftige Ausgestaltung der Serviceangebote, sondern auch konkrete Hinweise zur Entwicklung der einzelnen Leistungsbereiche formuliert werden.

Als Ausgangsbasis wurde das umfangreiche Leistungs- und Serviceangebot der Berliner Bezirksverwaltungen und der Hauptverwaltung unter Zuhilfenahme der jeweiligen im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung entwickelten Produktkataloge analysiert. Anhand einer Stichprobe von 150 Serviceangeboten wurden unter Verwendung von zwölf ausgewählten Kriterien einzelne Serviceleistungen zu insgesamt 20 Servicetypen zusammengefasst. Durch die gewählte Herangehensweise, mit der ein völlig neuer Weg beschritten wurde, konnte der Untersuchungsgegenstand handhabbar gemacht und die Struktur der Serviceangebote zutreffend abgebildet werden. Darüber hinaus wurden so die Grundlagen für praxisrelevante Aussagen und die Beurteilung neuer Produkte geschaffen.

Bei der Durchführung der Untersuchung wurde schnell deutlich, dass mit dem gewählten breiten Ansatz nahezu Neuland betreten wird. Die Recherchen nach nationalen und internationalen Best-Practice-Ansätzen lieferten zwar verschiedene Beispiele, in denen sich Kommunen mit der veränderten und sich verändernden Wahrnehmung ihrer Aufgaben auseinandersetzen. Zum großen Teil waren diese aus anderen Arbeitszusammenhängen des Difu auch bereits bekannt. Es werden dabei jedoch häufig nur einzelne Rahmenbedingungen in die Analyse einbezogen und thematische Schwerpunkte gebildet.

In dieser Studie wurden hingegen alle Rahmenbedingungen untersucht, die klassischerweise Auswirkungen auf die zukünftige Ausgestaltung der Serviceangebote haben. Berücksichtigt wurden zum einen jene Rahmenbedingungen, die von den Kommunen kaum beeinflusst werden können, wie beispielsweise der demographische Wandel oder Veränderungen der natürlichen Umwelt. Die Anpassung der Servicelandschaft kann hier nur reaktiv bzw. präventiv sein. Berücksichtigt wurden aber auch Rahmen-



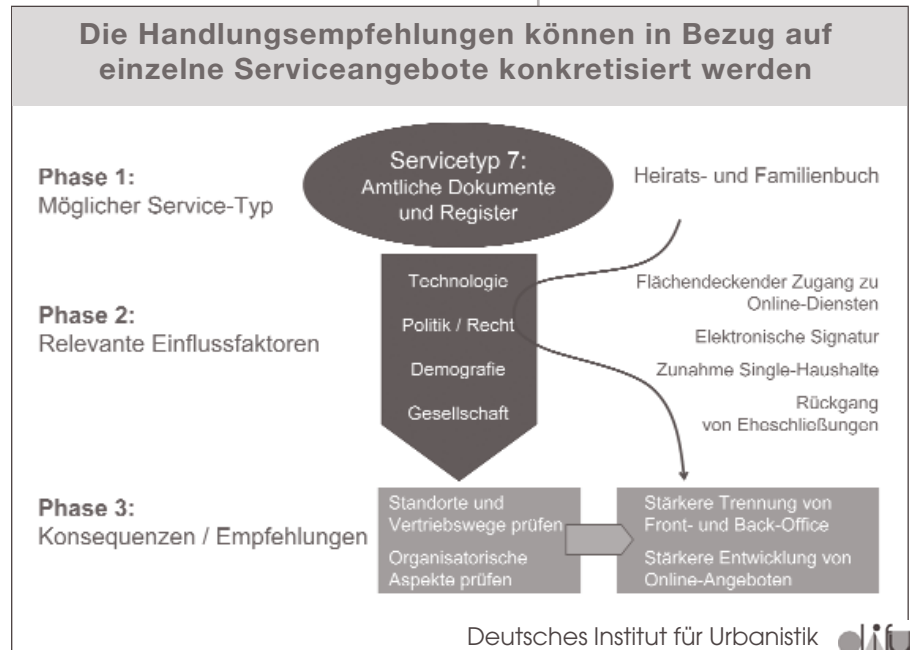
bedingungen, bei denen Verwaltung und Politik zumindest in Teilbereichen gestaltend Einfluss nehmen können. So bieten zum Beispiel technologische Veränderungen größeren Gestaltungsspielraum. Betrachtet wurden außerdem die Veränderungen der gesellschaftlichen Umwelt, Aspekte der Globalisierung, wirtschaftsstrukturelle Veränderungen und Wirtschaftsentwicklung, Nachfrageänderungen, die Entwicklung der Kommunal Finanzen sowie Veränderungen des Rechts und der Normen.

### Untersuchungsergebnisse

Die Analyse der Rahmenbedingungen lieferte zahlreiche Antworten auf die differenzierten Untersuchungsfragen. Dabei wurde deutlich, dass z.B. für die Berücksichtigung künftiger Bedarfe oder für die Bereitstellungszeitpunkte der Serviceleistungen umfassende Anpassungen der Servicelandschaft erforderlich sind. Für andere Aspekte, wie etwa die Ebene der Leistungserstellung (z.B. Haupt- oder Bezirksverwaltung) oder die Organisationsform (Ämterstruktur, front- und back offices) lassen sich allein aus dem Wandel der Rahmenbedingungen Veränderungsbedarfe nur für bestimmte Teilaspekte ableiten. Allerdings bieten vielfach erst Reformen in diesen Bereichen – insbesondere die stärkere Trennung von front und back offices – eine notwendige Grundlage für kundenorientiertes Verwaltungshandeln in der Zukunft. Über die Verknüpfung der gewonnenen Erkenntnisse mit den Servicetypen konnten konkrete Handlungsempfehlungen gegeben werden, die auf einzelne Serviceangebote übertragen werden können.

Im Ergebnis wurden 14 programmatische Handlungsfelder definiert, deren Umsetzung nicht nur mit einem veränderten Verständnis politischer Entscheidungsfindung und demokratischer Legitimation einhergehen muss, sondern auch die Veränderung traditionell verankerter Verwaltungsprozesse und die Begründung einer neuen Verwaltungskultur einschließen. Nachfolgend wird eine Auswahl jener Untersuchungsergebnisse skizziert, die auch für andere Städte von einer besonderen Relevanz sein dürften.

So ist davon auszugehen, dass nicht nur in Berlin die Chance besteht, bereits über die Zusammenführung und konsequente Nutzung zahlreicher im Zuge der Verwaltungsmodernisierung entwickelter innovativer Überlegungen und Ansätze neue Potenziale für zukunftsfähiges Verwaltungshandeln zu erschließen. Auch in anderen Städten wird zudem die Anpassung des Serviceangebots aufgrund der finanzpolitischen Restriktionen eine stärkere politische Prioritätensetzung



erforderlich machen. Die Entwicklung eines strategischen E-Government trifft in Berlin aufgrund der schon bestehenden vielfältigen E-Government-Lösungen auf besonders gute Voraussetzungen, ist angesichts der großen Bedeutung des technologischen Wandels für die Entwicklung eines zukunftsfähigen Serviceangebotes allerdings auch für andere Städte eine unumgängliche Notwendigkeit. Auch werden nicht nur in Berlin die sich wandelnden gesellschaftlichen, demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen dazu führen, dass die Verwaltung im Sinne einer „aufsuchenden Stadt“ stärker als bisher auf Bürger und Unternehmen zugehen und Aktivitäten ausbauen und entwickeln muss, bei denen nicht mehr der Adressat zur Verwaltung, sondern die Verwaltung zum Adressaten kommt.

Die veränderten Rahmenbedingungen werden auch andernorts die erfolgreiche Integration von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu einem wichtigen Standortfaktor machen. Für die erfolgreiche Anpassung der Serviceangebote ist daher besonderes Augenmerk auf eine gelungene soziale Integration und stärkere gesellschaftliche und soziale Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu legen. In diesem Zusammenhang sei unter Hinweis auf die notwendigen interkulturelle Öffnung der Verwaltung abschließend daran erinnert, dass der Modernisierungsprozess nicht nur von den Arbeitnehmern eine hohe individuelle Veränderungsbereitschaft verlangt, sondern sich auch die Dienstherren und Arbeitgeber mit den neuen Rahmenbedingungen intensiver als bisher auseinandersetzen müssen. Personal- und Arbeitgeberentwicklung sind daher zu forcieren und als sich ergänzende Perspektiven zu betrachten.

#### Hinweis:

Die Veröffentlichung wird voraussichtlich im Juni 2009 in der Reihe „Difu-Impulse“ erscheinen.

#### Weitere Informationen:

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp  
Telefon: 030/39001-242  
E-Mail: knipp@difu.de

Dr. rer. pol. Busso Grabow  
Telefon: 030/39001-248  
E-Mail: grabow@difu.de

Dipl.-Kfm. (FH)  
Stefan Schneider  
Telefon: 030/39001-261  
E-Mail: schneider@difu.de

# Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen

Neue Ausgabe der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften erschienen



Die Zukunft der öffentlichen Infrastruktursysteme ist ein kommunales Thema mit hoher Aktualität. Unübersehbar sind die zahlreichen ordnungspolitischen, materiellen und technisch-betrieblichen Herausforderungen, vor denen die Städte und ihre Infrastrukturbetreiber gegenwärtig stehen: demographische Veränderungen und abnehmender Verbrauch, der Klimawandel und daraus resultierende Anpassungserfordernisse, der Investitionsbedarf und begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten, neue technologische Möglichkeiten und damit verbundene Chancen für Neuauslegungen, die Wettbewerbspolitiken der Europäischen Union mit verschärften Ausschreibungsregelungen, die heterogener werdende Landschaft der kommunalen Leistungserbringung in unterschiedlichen öffentlichen oder auch öffentlich-privaten Kooperationsformen, bis hin zu sich verändernden Marktstrukturen der Konzentration und Kommerzialisierung und einer möglicherweise stärkeren räumlichen Ausdifferenzierung der Angebote.

Die neue Ausgabe der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften lotet den sich verändernden Handlungsrahmen aus und leistet unter Beachtung planerischer, technischer und unternehmerischer Erfordernisse einen Beitrag zur Diskussion der notwendigen Neuausrichtung der vorhandenen städtischen Infrastrukturen.

Eine Bestandsaufnahme bietet der Beitrag von Jens Libbe. Er geht nicht nur auf aktuelle übergeordnete Trends ein, die die Frage nach der Zukunft der kommunalen Infrastrukturen virulent machen, sondern er setzt sich auch mit aktuellen ordnungspolitischen Fragen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge auseinander. Dabei macht er deutlich, dass bei allem Klärungsbedarf dessen, was originär kommunale Infrastrukturaufgaben sind und wie sich die öffentlichen Unternehmen unter veränderten Rahmenbedingungen aufstellen sollten, die notwendige Frage der nachhaltigen Ausgestaltung der kommunalen Infrastrukturen nicht aus dem Auge verloren werden sollte. Libbe zieht daraus zwei Schlussfolgerungen: Erstens bedarf es einer Reformulierung des Verhältnisses der Städte

gegenüber ihren die Leistungen der Daseinsvorsorge erbringenden Unternehmen und Betrieben, sowie eines umfassenden Kontraktmanagements. Zweitens sollten sich die Kommunen die materielle, bauliche und vor allem nachhaltige Ausstattung der Infrastrukturversorgung wieder stärker zur Kernaufgabe im Sinne einer langfristigen und koordinierenden Stadtentwicklung machen.

Die Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede von technischen Ver- und Entsorgungssystemen hinsichtlich ihrer Funktionen und räumlichen Strukturen, werden im Beitrag von Hans-Peter Tietz herausgearbeitet. Tietz kommt zu dem Ergebnis, dass die Funktionen der traditionellen Ver- und Entsorgungssysteme unter veränderten Rahmenbedingungen zwar erhalten bleiben werden, jedoch der Frage nachzugehen ist, welche Aufgaben die Kommunen künftig als Daseinsfunktion wirklich übernehmen müssen.

Gegenwärtig verfügen die Kommunen über einen großen Bestand an Infrastrukturbauten und haben die Aufgabe, diese in einem guten Zustand zu erhalten und bestehende Lücken zu schließen. Eine Vernachlässigung der Infrastruktur hat weit reichende Folgen, die sich negativ auf viele Lebensbereiche auswirken. Bedarfsgerechtes Investieren setzt allerdings Überlegungen über den aktuellen und künftigen Investitionsbedarf voraus. Basierend auf einer im August 2008 vom Deutschen Institut für Urbanistik veröffentlichten Studie zum Kommunalen Investitionsbedarf 2006 bis 2020 werden in dem Beitrag von Stefan Schneider der kommunale Investitionsbedarf beziffert und vorhandene Finanzierungsmöglichkeiten betrachtet. Einen Schwerpunkt dieses Beitrags bildet die Bewertung verschiedener strategischer Ansatzpunkte und die Einbindung privater Unternehmen zur Schaffung zusätzlicher finanzieller Spielräume.

Strategien für das Stadtwerk der Zukunft zeigt der Beitrag von Nikolaus Richter und Stefan Thomas auf. Wollen kommunale Unternehmen auch in Zukunft bestehen, so bedarf es einer strategischen Neuorientierung. Beispiele hierfür liefern die Ergebnisse

## Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt  
Jens Libbe  
Telefon: 030/39001-115  
E-Mail: libbe@difu.de

## Bestellung:

siehe Bestellschein



der Forschungspartnerschaft INFRAFUTUR, bestehend aus 13 im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) organisierten Unternehmen. Eine große Zahl möglicher Strategien wurde erarbeitet. Drei dieser Strategien werden exemplarisch erläutert.

Der Band schließt mit zwei Beiträgen ab, in denen innovative Konzepte der Weiterentwicklung kommunaler Infrastruktur vorgestellt werden. Matthias Koziol greift dabei das Handlungsfeld der „Energetischen Stadterneuerung“ auf. Der Stadtumbau löst vielerorts erhebliche Veränderungen aus, die eine Anpassung baulicher und technischer Strukturen erfordert. Dadurch können sich wichtige Potenziale für die Energieeinsparung und -effizienzerhöhung ergeben. Am Beispiel erster Erfahrungen aus verschiedenen Projekten eines aktuellen Modellvorhabens verdeutlicht er, dass es für den Prozess der energetischen Stadterneuerung darauf ankommt, sowohl alle Möglichkeiten zur Verbrauchsreduktion als auch der Erhöhung der Anlageneffizienz auszuloten und vor dem Hintergrund der Verbesserung der Gesamtenergiebilanz strategisch und systematisch umzusetzen.

Welche innovativen Konzepte im Bereich sozialer Infrastruktur zu verzeichnen sind, zeigt der Beitrag von Rainer Winkel. Da im vorliegenden Band ein Schwerpunkt auf technische Infrastrukturen gelegt ist, wird mit diesem Beitrag eine Brücke bzw. ein Vergleich der Handlungsoptionen zum Bereich der sozialen Infrastrukturen hergestellt. Winkel verdeutlicht, dass von Seiten des Bundes und der Länder bereits vielfältige Aktivitäten zur Sicherung sozialer Infrastruktur bestehen und praktikable Lösungen in Modellvorhaben erprobt werden. Der Innovationsgehalt ist umso höher, wenn die aufgezeigten Lösungen auf eine hochgradige

Flexibilität für Nutzungsarten und Kapazitäten setzen und auf eine multifunktionale Nutzung von Gebäuden abzielen.

Die Beiträge in diesem Band machen deutlich, dass die städtischen Infrastrukturen eines der zentralen kommunalen Handlungsfelder in den kommenden Jahren sein werden. Hierfür sprechen Anpassungserfordernisse aufgrund sich verändernder externer Rahmenbedingungen und auch die Chancen, die mit einem Umbau der vorhandenen Strukturen verbunden sind. Eine langfristig angelegte, auf flexible und unterschiedliche technisch-organisatorische Komponenten verknüpfende oder sogar Sektoren kombinierende Stadt- und Infrastrukturplanung scheint dabei das Gebot zu sein. So sind im Bereich der technischen Infrastrukturen vorhandene organisatorische Trennungen, wie sie derzeit durch die Wettbewerbspolitiken der Europäischen Union sogar gefördert (Stichwort „Unbundling“) und zuweilen auch von kommunaler Seite begründet werden, im Hinblick auf Aspekte einer energieeffizienten und stoffoptimierten Versorgung immer weniger sinnvoll. Längst lassen sich beispielsweise in Abfällen und Abwasser enthaltene Stoffströme auftrennen und Nährstoffe sowie Energiegehalte rückgewinnen. Dies spricht nicht nur für eine konsequente Integration getrennter Bereiche, sondern mag sogar eine sehr kraftvolle Begründung für das kommunale Stadtwerk im Sinne eines integrierten Dienstleisters sein. Im Bereich der sozialen Infrastrukturen ist die Situation durchaus strukturähnlich, wenn es dort vor allem auf hohe Flexibilität und auf sektoral übergreifende Nutzungsmöglichkeiten ankommt. Den Städten als Betreiber von öffentlichen Infrastrukturen und Besteller von öffentlicher Dienstleistungen kommt dabei eine wichtige Koordinierungsfunktion zu.



Quelle: Emmerdinger TORheiten, Verena und Klaus Nunn, Bd.2, 2005

# Städtische Kulturförderung

## Neues Heft der Informationen zur modernen Stadtgeschichte erschienen

### Weitere Informationen:

Dr. Christoph Bernhardt  
Telefon: 03362/793280  
E-Mail: Christoph.Bernhardt@  
alumni.TU-Berlin.de

Prof. Dr. Dieter Schott  
Telefon: 06151/16-2044  
E-Mail: schott@pg.  
tu-darmstadt.de

### Bestellung:

siehe Bestellschein

Das Titelthema des neuen Heftes widmet sich dem in den letzten Jahren angesichts zugespitzter internationaler Städtekonkurrenz hochaktuellen Thema „Städtische Kulturförderung“. Der Herausgeber Clemens Zimmermann, Professor für Kultur- und Mediengeschichte an der Universität des Saarlands, zeigt in seinem weit ausholenden Leitartikel historische wie aktuelle Dimensionen städtischer Kulturförderung auf und beleuchtet, wie innovativ Arbeiten zur städtischen Kultur im Gesamtfeld der modernen Stadtgeschichte in den letzten Jahren waren. Dabei ist auch ein ausgeprägter Brückenschlag zur aktuellen sozialwissenschaftlichen Stadtforschung feststellbar. Stephen Pielhoff aus Wuppertal diskutiert in seinem Beitrag „Musikmäzenatentum und Stadtrepräsentation“ die Finanzierungsgeschichte von Konzert- und Opernhausbauten vom Kaiserreich bis in die Gegenwart und stellt dabei die Leuchtturmfunktion solcher Projekte heraus. Thomas Höpel (Leipzig) präsentiert in seinem Beitrag „Städtische Kulturpolitik im 20. Jahrhundert zwischen lokalen Besonderheiten und nationalen sowie europäischen Mustern: Leipzig und Lyon im Vergleich“ Ergebnisse zu städtischer Kulturpolitik in zwei besonders kulturell profilierten Großstädten Frankreichs und Deutschland nach 1945 – und damit zugleich einen Systemvergleich.

Simon Gunn Leicester/Großbritannien spürt in seinem englischen Beitrag den „Origins of Urban Cultural Policy in England 1835 – 1990“ nach. Die Umstände, Intentionen und Wirkungen von Kultursponsoring stehen im Zentrum des Beitrags von Anne-Katrin Axt, die auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung an Museen im Ruhrgebiet fragt: „Kultursponsoring: Hilfe in der Not oder viel Lärm um nichts?“. Gabriele Clemens von der Universität des Saarlands erörtert schließlich in einer Sammelbesprechung eine Reihe neuerer Arbeiten zum bürgerlichen Mäzenatentum im urbanen Kontext des 19. Jahrhunderts. Sie hebt hervor, dass es genau genommen eine „adlig-bürgerliche Hybridkultur“ war, die die Kunsttopographie der Städte in entscheidendem Maße prägte. Vor allem die städtischen kulturellen Vereine seien die Arenen gewesen, die als „Kontaktzone“ für die Übernahme bestimmter Formen adeligen Mäzenatentums durch das Bürgertum fungierten.

Im Forum-Artikel greift Heinz Reif aus Berlin nochmals das Thema des vorangegangenen IMS-Heftes auf und diskutiert „Industriekultur“ – Anmerkungen zu einem „unscharfen Begriff“. Ausgehend von der Vieldeutigkeit dieses Begriffes rekonstruiert Reif dessen „Aufstieg“ seit den 1970er Jahren und diskutiert seine Umdeutungen insbesondere am Beispiel des Ruhrgebiets. In kritischer Abgrenzung zur „Überdehnung“ und „Überlastung“ des Konzepts plädiert Reif dafür, der Umdeutung des baulichen Erbes Grenzen zu setzen und aus fachhistorischer Sicht die Integration der mit den baulichen Strukturen verbundenen historischen Lebensumstände und sozialen Bewegungen einzufordern.

Bei den Berichten liegt ein deutlicher Schwerpunkt auf der 9. Konferenz der „European Association of Urban Historians“ im August 2008 in Lyon. Zunächst werden die jüngsten organisatorischen Reformen und personellen Umbesetzungen im Vorstand dieser für die europäische Stadtgeschichtsforschung wichtigsten Vereinigung knapp dargelegt. Insgesamt sieben Berichte skizzieren anschließend die inhaltlichen Vorträge und Diskussionen in den „Main-“ und „Specialist Sessions“, die von deutschen Stadthistorikern (mit) veranstaltet wurden. Die Themen reichen hier von Stadtplanung und der Suche nach Glück über Hafenstädte, Fremdwahrnehmungen der Stadt Lyon in Mittelalter und früher Neuzeit, städtischer Governance nach 1945 und Hochhäusern bis hin zur städtischen Kulturindustrie. In weiteren Berichten wird über Tagungen zu „Stadt und Urbanität im 21. Jahrhundert“ und „Infrastrukturen der Stadt- und Kommunalpolitik“ informiert. Zum Schluss folgt – nach einem Bericht über die Ergebnisse der Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung vom Oktober 2008 in Dresden – traditionell eine Vorschau über wichtige Konferenzen im Feld der Stadtgeschichtsforschung.

Foto: Wolf-Christian Strauss

# Kommunaler Beratungsbedarf in ausgewählten europäischen Ländern

Mit welchen Herausforderungen und Problemen sind Städte und Gemeinden in anderen EU-Staaten konfrontiert? Welche Handlungsspielräume stehen ihnen im Kontext unterschiedlicher Verfassungssysteme zur Verfügung? Wer vertritt sie und ihre Interessen gegenüber nationalen und supranationalen Akteuren? Decken die jeweils vorhandenen Forschungs-, Beratungs- und Betreuungsleistungen ihre konkreten Bedarfe ab? Bestehen hier Verbesserungsnotwendigkeiten? Diesen Fragen gingen Werner Heinz und Christoph Hagen in ihrer Studie „Difu goes Europe – Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern“ nach.

Nach den Ergebnissen einer breit angelegten Literatur- und Internetrecherche und einer schriftlichen Befragung der kommunalen Spitzenverbände in 14 ausgewählten EU-Staaten weisen diese wie auch die jeweiligen Städte und Gemeinden eine Reihe von Unterschieden auf: Diese betreffen nicht nur Fläche und Einwohnerzahl und den jeweiligen Verstärkungsgrad, sondern auch den Grad der Autonomie, der den Kommunen in den einzelnen Ländern – ungeachtet des in allen Fällen bestehenden Rechts auf Selbstverwaltung – zugestanden wird. Insgesamt lassen sich in Europa vier unterschiedliche kommunale Verfassungssysteme unterscheiden. Das skandinavische Modell der unabhängigen Gemeinde, das französische Modell der staatlich überwachten Gemeinde, die Gemeinde als Verwaltungseinheit in Großbritannien (Praxis des „Local Self-Government“) sowie das deutsch-schweizer Modell der selbstverwaltenden Gemeinde. Unterschiedlich sind schließlich auch die Einnahmestrukturen der Kommunen in den untersuchten Ländern in Bezug auf das Verhältnis von eigenen Einnahmen aus Steuern und Gebühren sowie Zuweisungen von staatlicher Seite.

In allen Staaten der Untersuchung besteht mindestens ein kommunaler Spitzenverband, in der Hälfte der Länder sind es sogar mehrere. Die Finanzierung dieser Verbände erfolgt in der Regel über Umlagen und Mitgliedsbeiträge. In einigen Fällen werden auch weitere Einnahmequellen wie Verkauf von Publikationen, Beteiligungen oder Projekteinnahmen angegeben. Wichtigste Aufgabe der Verbände ist die Interessenvertretung der jeweiligen Verbandsmitglieder.

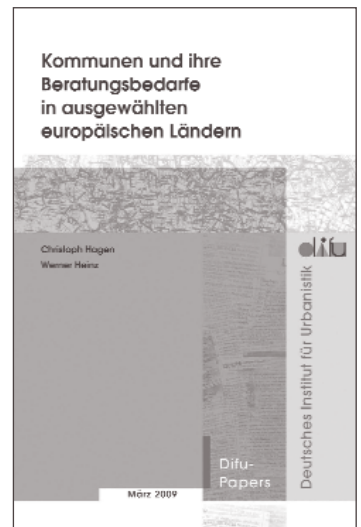
Mehrere Verbände unterhalten eine internationale Abteilung – wie z. B. der dänische Gemeindeverband, der internationale Beratungsleistungen zum Aufbau kommunaler Strukturen in Zentral- und Ost-Europa, Asien, Afrika und Latein-Amerika anbietet.

Ein Vergleich der einzelnen Untersuchungsländer in Bezug auf kommunale Forschungs- und Beratungsinstitutionen lässt deutliche qualitative und quantitative Unterschiede erkennen. Staaten wie Großbritannien und den Niederlanden mit einem breiten Angebot an Forschungs- und Beratungsinstitutionen stehen Länder gegenüber, in denen das Angebot eher beschränkt ist. Die Zahl der Institute in kommunaler Trägerschaft bzw. mit kommunaler Beteiligung ist in allen Ländern gering.

Aufgaben- und Problemfelder, die von den befragten Städteverbänden aktuell mit Priorität genannt werden, sind vor allem wirtschaftliche Entwicklung, Umweltfragen und kommunale Finanzen. In knapp der Hälfte der untersuchten Staaten werden auch die Bereiche Verkehr, demographischer Wandel und Wohnungsversorgung zu den aktuell gegenwärtig relevanten Aufgabenfeldern gezählt. Zu den am häufigsten genannten Herausforderungen für die Zukunft zählen Umweltfragen, soziale Polarisierung und demographischer Wandel.

Zwischen dem spezifischen Bedarf der Städte und den verfügbaren Forschungs- und Unterstützungsangeboten gibt es – mit Ausnahme von Italien, Großbritannien und der Schweiz – eine Reihe von Diskrepanzen. Zurückgeführt werden diese auf die mangelnde Ausrichtung von Forschungs- und Beratungsangeboten auf den spezifischen Bedarf der Kommunen wie auch auf das Fehlen einer multisektoralen Problembearbeitung. Möglichkeiten zur Verbesserung der gegenwärtigen Forschungs- und Beratungssituation werden in mehreren Ländern in einer besseren Vernetzung bestehender Einrichtungen und ihrer Leistungen sowie ihrer stärkeren Orientierung an den spezifischen Bedarfen und Ansprüchen der Kommunen gesehen.

Die skizzierten Untersuchungsergebnisse werden in der neuen Difu-Studie detailliert belegt.



## Weitere Informationen:

Dr. phil., Dipl.-Ing.  
Werner Heinz  
Telefon: 0221/340308-10  
E-Mail: heinz@difu.de

## Bestellung:

siehe Bestellschein

# Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost

## Weitere Informationen:

Univ.-Prof.

Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Telefon: 030/39001-214

E-Mail: beckmann@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann

Telefon: 030/39001-191

E-Mail: reimann@difu.de

## Abschlussbericht:

[www.stadtumbau-ost.info/aktuelles/Evaluierungsbericht-klein.pdf](http://www.stadtumbau-ost.info/aktuelles/Evaluierungsbericht-klein.pdf)

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) startete in enger Abstimmung mit den Ländern die Evaluierung des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“. Kürzlich wurde der Ergebnisbericht der beauftragten Gutachter – Deutsches Institut für Urbanistik und Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik – veröffentlicht. Ziel der Evaluierung war es, die Programmfortschritte und Umsetzungsprozesse zu bewerten und Empfehlungen für die Fortführung des Stadtumbau Ost nach 2009 aufzuzeigen. Als Datengrundlagen dienten u.a. Begleitdaten zur Städtebauförderung, Erhebungen und Auswertungen zu den Wohnungsanbietern, Experteninterviews mit Akteuren des Stadtumbaus in Bund und Ländern sowie Fallstudien in ausgewählten Stadtumbaukommunen.

## Ergebnisse der Evaluierung

Die Ergebnisse belegen, dass die Auswahl der Programmgemeinden und die Verteilung der Finanzmittel auf die Städtegruppen insgesamt problemadäquat waren, die integrierten Stadtentwicklungskonzepte als Planungs- und Durchführungsgrundlage erfolgreich implementiert sowie praxiswirksame Verfahrensweisen und Strukturen zur Akteursbeteiligung entwickelt wurden. Grundsätzlich wurde durch das Programm ein Beitrag zur Stabilisierung der Wohnungsmärkte in den neuen Ländern geleistet. So konnte die Zahl der leerstehenden Wohnungen trotz weiterer Abwanderungen nahezu konstant gehalten werden. Dies steht in engem Zusammenhang mit dem Rückbau von ca. 221 000 Wohnungen im Zuge der Programmumsetzung. Festgestellt wurde, dass sich die Förderung des Rückbaus in hohem Maße auf Wohnungsbestände aus DDR-Zeiten konzentriert hat. Bei der Aufwertung der Innenstädte und innerstädtischen Altbauten sind Erfolge nicht so eindeutig zu quantifizieren. Zudem sind diese nicht allein der Programmumsetzung Stadtumbau Ost zuzurechnen. Denn die Mittel werden oft mit Mitteln aus anderen Programmen gebündelt und zugunsten der Aufwertung der Innenstädte eingesetzt. Die dezidierte Zuordnung der eingesetzten Aufwertungsmittel des Stadtumbau Ost zu bestimmten Maßnahmen hinsichtlich einer spezifischen Wirkungsanalyse ist dadurch erschwert, wengleich ihre Wirkung verstärkt wird. Trotz der ersten positiven Effekte besteht weiterhin gesamtstädtischer Aufwertungs- und Gestaltungsbedarf.

So weisen einfache und bisher unsanierte Gründerzeitgebiete deutliche Entwicklungsdefizite und hohen Handlungsbedarf auf.

## Empfehlungen

Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse empfehlen die Gutachter u.a.:

- den Erhalt des Programms als eigenständigen Bereich der Städtebauförderung und eine Verlängerung der Laufzeit bis 2016,
- die Bereitstellung von Mitteln zur Aufwertung und für den Rückbau in gleicher Höhe,
- die weiterhin flexible Festlegung des Verhältnisses von Rückbau und Aufwertung in den Stadtumbaukommunen und -gebieten entsprechend ihrer Problemlagen,
- eine problemorientierte Verteilung der Bundesfinanzhilfen für den Stadtumbau auf die Länder,
- die Fortführung der pauschalen Förderung von Rückbaumaßnahmen,
- die Aufrechterhaltung der Rückbauförderung ohne kommunalen Eigenanteil auf Wohngebäude,
- die Fortführung des Ausschlusses von stadtbildprägenden Gebäuden mit Baujahr vor 1918 und denkmalgeschützten Gebäuden aus der Rückbauförderung,
- den grundsätzlichen Erhalt des kommunalen Drittelanteils bei der Aufwertungsförderung,
- die flankierende Förderung von Unternehmen mit besonderen wirtschaftlichen Problemen, denn
  - ▲ mit hohen Leerständen belastete Wohnungsunternehmen waren und werden Träger des Rückbaus sein müssen,
  - ▲ der ersatzlose Wegfall der Altschuldenentlastung birgt Risiken, Rückbauziele zu gefährden, da sich besonders belastete Wohnungsunternehmen nicht hinreichend beteiligen,
- die Wiedereinführung der Investitionszulage zur Stimulierung privater Investitionen für Modernisierungsmaßnahmen in innerstädtischen Altbaubeständen mit
  - ▲ langer Laufzeit (z. B. zehn Jahre).
  - ▲ höherem Selbstbehalt, dafür
  - ▲ höherem Fördersatz
  - ▲ und einer Gebietskulisse im Altbau,
- den Aufbau, die Weiterentwicklung und die Nutzung von Monitoringverfahren.

# Kommunalwissenschaftliche Prämienausschreibung 2008

Für sieben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hat sich ihre Forschungsarbeit im doppelten Sinne gelohnt: Sie werden von der „Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise zur Förderung der Kommunalwissenschaften“ mit einer Prämie dafür belohnt, dass ihre Arbeiten besonders wertvolle wissenschaftliche Erkenntnisse für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung vermitteln. Die eingereichten Arbeiten wurden durch Expertinnen und Experten des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), Berlin, begutachtet. Die Prämie wird jährlich in Verbindung mit der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung vergeben.

## **Folgende Arbeiten wurden prämiert:**

Eine Prämie in Höhe von je 750 Euro erhielten

- Dr. jur. Christine Hahn aus Frankfurt/Main, „Vergaberecht als Störfaktor bei der kommunalen Zusammenarbeit“, Dissertation, Universität Hamburg, 2007 (Carl-Goerdeler Preis).
- Dr. rer. pol. Doris Holtmann aus Potsdam, „Funktionen und Folgen von Leistungsbeurteilungen: Eine Studie zur Einführung eines personalwirtschaftlichen Instrumentariums in öffentliche Organisationen“, Dissertation, Universität Flensburg, 2007 (Carl-Goerdeler Preis).

Eine Prämie in Höhe von 1 500 Euro erhielt

- Dipl.-Geogr. Verena Jörg aus Münster, „Integration‘ und ‚Segregation‘ – eine poststrukturalistisch informierte Analyse zweier Diskurse, am Beispiel des ‚Soziale Stadt‘-Gebiets Ramersdorf/Berg am Laim in München“, Diplomarbeit, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, 2007.

Prämien in Höhe von je 750 Euro erhielten

- Dr. rer. pol. Kai Birkholz aus Berlin, „Aktives kommunales Debt Management. Wege zu mehr Effizienz bei der kommunalen Fremdfinanzierung“, Dissertation, Universität Potsdam, 2007.
- Dipl.-Ing. Katrin Hilpert aus Hamburg, „Die Genossenschaft als Organisationsmodell öffentlicher Aufgaben. Erfolgsfaktoren, Restriktionen und Chancen“, Diplomarbeit, Technische Universität Hamburg-Harburg, 2007.
- Dipl.-Geogr. Thilo Hapke aus München, „Die neuen Luxusimmobilien‘ in der Münchener Innenstadt. Gentrification –

Investitionen – Diskurs“, Diplomarbeit, Fakultät für Geowissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2007.

- Dipl.-Geogr. Nadja Kabisch aus Markranstädt, „Raumzeitliche Analysen von Reurbanisierungsprozessen unter Verwendung soziodemographischer Indikatoren am Beispiel Leipzigs“, Diplomarbeit, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2007.

Die Auszeichnungen wurden den Preisträgerinnen und Preisträgern von den (Ober-)Bürgermeistern ihrer jeweiligen Wohnorte überreicht. Der Berliner Preisträger erhielt seine Prämie vom Institutsdirektor des Deutschen Instituts für Urbanistik. Die Preisträger des Carl-Goerdeler-Preises wurden gesondert im Rahmen der Carl-Goerdeler-Preisverleihung am 2. Februar 2009 in Leipzig geehrt.

## **Die Arbeiten kamen aus folgenden Themenbereichen:**

- Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und Kommunalrecht (Carl Goerdeler-Preis);
- Sozialpolitik, Kulturpolitik, neuere Stadtgeschichte;
- Kommunalwirtschaft, Daseinsvorsorge, Kommunalfinanzen;
- Räumliche Planung, Stadtbauwesen, Bau- und Planungsrecht.

## **Weitere Informationen:**

Regina Haschke  
Telefon: 030/39001-215  
E-Mail: haschke@difu.de

Prof. Dr.-Ing. K. J. Beckmann  
übergibt die Urkunde an den  
Berliner Preisträger der  
Kommunalwissenschaftlichen  
Prämienausschreibung,  
Dr. Kai Birkholz.



Foto: Sybille Wenke-Thiem

# Wie wirken INTERREG-Projekte in Regionen und Kommunen?

## Analyse transnationaler Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation, Klimawandel, alternative Energien

Viele deutsche Städte und Regionen waren in den letzten Jahren innerhalb der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B mit Fragen der Raumentwicklung, der Wirtschaftsförderung oder des Umweltschutzes in europäischen Netzwerken befasst.

Ob Hochwasserschutz oder Clusterstrategien: Die Kooperation über Ländergrenzen hinweg erlaubt oft bessere Lösungen und trägt zum Erfahrungsaustausch zwischen den Projektpartnern und der Verbreitung guter Beispiele bei. In der laufenden Förderperiode (2007–2013) hat die Europäische Union die transnationale Zusammenarbeit programmatisch aufgewertet und die Mittel dafür aufgestockt.

In einer „Territorialen Agenda der Europäischen Union“ haben die für Raumordnung zuständigen Minister im Jahr 2007 thematische Prioritäten und Maßnahmen für eine nachhaltige Raumentwicklung formuliert. Sie gibt konkrete Empfehlungen, wie durch eine integrierte Raumentwicklungspolitik die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung mobilisiert werden können.

Im Forschungsvorhaben „Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland“ untersucht das Deutsche Institut für Urbanistik, welche Beiträge deutsche Städte und Regionen im Rahmen transnationaler INTERREG-Projekte für eine Umsetzung der Territorialen Agenda vor Ort und auf der nationalen und europäischen Ebene erbringen konnten und voraussichtlich in Zukunft erbringen werden. Das Vorhaben wird für den Bund als Studie im Rahmen der Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) bearbeitet.

Nachdem das Difu zunächst eine erste Auswertung unterschiedlicher Themenfelder erstellt hat, wird im Jahr 2009 der Bereich „Innovation und Raumentwicklung“ vertieft betrachtet. Innovationspolitik und -förderung bildet einen immer wichtigeren Schwerpunkt der transnationalen Zusammenarbeit.

So haben viele Städte und Regionen die Bildung von Clusterinitiativen und Branchennetzwerken unterstützt, deren europäische Vernetzung nun in INTERREG-Projekten vorangetrieben wird. Im Jahr 2010 werden Projekte im Bereich „Strategien zum Klimawandel“ sowie „alternative Energien und Energieeinsparung“ im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens stehen.

Bei der Difu-Untersuchung von INTERREG-Projekten stehen folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Welchen spezifischen Beitrag haben die transnationalen Kooperationsprojekte in den jeweiligen Themenfeldern geleistet bzw. können diese voraussichtlich noch leisten?
- Sind die aus den Projekten gewonnenen Erkenntnisse in die nationale sowie die EU-Politik eingebunden und werden dort auch berücksichtigt?
- Wie können die Ergebnisse bisheriger Projekte für aktuelle Themen nutzbar gemacht werden?
- Wurde die Europakompetenz der Region/Kommune durch die Teilnahme an einem INTERREG-Projekt nachhaltig erhöht? Wie können diesbezügliche Potenziale gestärkt werden?
- Wie stark ist „europäisches Denken“ in den Regionen/Kommunen entwickelt?

Die Projekte werden mittels Dokumentenanalyse sowie leitfadengestützter Interviews mit Schlüsselakteuren untersucht. Dabei werden sowohl Projektbeteiligte und -adressaten – Verwaltungen, Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen – befragt. Für jedes Themenfeld wird ein begleitender Workshop durchgeführt, zu dem auch interessierte EU- und Förderreferenten der Städte und Regionen eingeladen werden.

Die Aufbereitung der Projektergebnisse erfolgt in praxisorientierten Themenberichten für kommunale und regionalen Akteure sowie einem wissenschaftlichen Abschlussbericht.

### Neuer Wettbewerb: Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme

Fahrradverleihsysteme erhöhen die Mobilität der Bürger und tragen zu einem klimafreundlichen und energieeffizienten Nahverkehr bei. Daher hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Wettbewerb „Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme – Neue Mobilität in Städten“ ausgeschrieben.

Kommunen, Landkreise und regionale Kooperationen, Verkehrsunternehmen und -verbände sind aufgerufen, Ideen und Lösungsansätze zu entwickeln und entsprechende Angebote einzureichen. Das Wuppertal Institut führt den Wettbewerb zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik durch.

Einsendeschluss für die Bewerbung ist der 17. Juni 2009.

### Weitere Informationen:

[www.nationaler-fahrradverkehrsplan.de/](http://www.nationaler-fahrradverkehrsplan.de/)

### Weitere Informationen:

Dipl.-Verw.Wiss.  
Daniel Zwicker-Schwarm  
Telefon: 030/39001-154  
E-Mail:  
[zwicker-schwarm@difu.de](mailto:zwicker-schwarm@difu.de)  
Internet: [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)  
Pfad: Forschungsprogramme/Moro/Studien

# Welche Gewerbeflächen braucht die Stadt?

## Difu erstellt Stadtentwicklungskonzept Gewerbe für die Landeshauptstadt Potsdam

Die Standortanforderungen und der Flächenbedarf von Unternehmen unterliegen einem andauernden Wandel. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sie reichen vom technologischen und ökonomischen Strukturwandel, veränderten Produktions- und Logistikkonzepten, neuen Ansätzen der Immobilienbewirtschaftung und -finanzierung bis hin zu einer Neugewichtung von räumlicher Nähe und Standortfaktoren. Kommunen sind daher aufgefordert, zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung ihre Konzepte, Planungen und Maßnahmen im Bereich der Gewerbeflächenentwicklung regelmäßig zu überprüfen und anzupassen.

Vor diesem Hintergrund hat die Landeshauptstadt Potsdam das Difu beauftragt, im Rahmen eines Stadtentwicklungskonzeptes Gewerbe bis Ende 2009 die strategischen Grundlagen für die Sicherung, Mobilisierung und Entwicklung von Gewerbeflächen für die Stadt Potsdam zu erarbeiten und dazu

geeignete, umsetzbare Lösungsansätze darzustellen.

Neben einer Aufarbeitung des Gewerbeflächenpotenzials wird die Studie die Entwicklung strukturbestimmender Wirtschaftszweige und den daraus resultierenden Flächenbedarf aufzeigen. Gute Beispiele für die Sicherung von Gewerbeflächen für das produzierende Gewerbe und Handwerksbetriebe sollen auch durch eine vergleichende Untersuchung strukturell ähnlicher Städte gewonnen werden.

Dabei können die Bearbeiter die gewonnenen Erkenntnisse mit zurückliegenden Arbeiten abgleichen: Unter dem Titel „Städte ohne Produktion?“ hatte sich das Difu bereits Mitte der 1990er Jahre mit der Sicherung und Entwicklung von Gewerbeflächen am Beispiel Potsdams beschäftigt. Die Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes erfolgt in Zusammenarbeit mit einem Berliner Planungsbüro.

# Innovationsförderung durch öffentliche Beschaffung?

## Tagung in Stuttgart, 12. und 13. Mai 2009

Öffentliche Investitionen sollen die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland stimulieren. Wie können die vorgesehenen öffentlichen Mittel sinnvoll angelegt werden, um nachhaltig zu wirken? Wie sehen intelligente Investitionen aus, die nicht nur kurzfristig Arbeitsplätze sichern, sondern langfristig zur Innovation beitragen?

Bund, Länder und Kommunen geben bereits ohne das aktuelle Konjunkturpaket jährlich rund 260 Mrd. Euro für Produkte und Dienstleistungen aus. Ein Großteil der Beschaffungen entfällt dabei auf die Kommunen. Diese Nachfrage bietet erhebliche Potenziale für die Förderung von Innovationen und die Verbreitung neuer Technologien. Innovationsorientierte Beschaffung erschließt die Vorteile des Einsatzes neuester

Technik. Sie ist aber auch mit Investitionsrisiken verbunden.

Die Fachtagung „Innovationsförderung durch öffentliche Beschaffung? Potenziale, Risiken und Praxisbeispiele“, die das Deutsche Institut für Urbanistik in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) am 12. und 13. Mai 2009 in Stuttgart durchführt, stellt Erfahrungen, Lösungsansätze und gute Beispiele für eine innovationsorientierte Beschaffung im öffentlichen Bereich vor. Anhand von Praxisbeispielen, unter anderem aus den Bereichen Energie- und Umwelttechnik, IT in der öffentlichen Verwaltung und Mobilität, werden typische Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten erörtert.

### Wichtige Informationen:

Dipl.-Verw.Wiss.

Daniel Zwicker-Schwarm

Telefon: 030/39001-154

E-Mail:

zwicker-schwarm@difu.de

Internet: www.bbr.bund.de

Pfad: Forschungsprogramme/  
Moro/Studien

Foto: Wolf-Christian Strauss

### Tagungsleitung:

Dipl.-Geogr. Holger Floeting

Telefon: 030/39001-221

E-Mail: floeting@difu.de

Veit Haug (WRS)

### Anmeldungen (schriftlich):

Sylvia Bertz

Telefon: 030/39001-258

Fax: 030/39001-268

E-Mail: bertz@difu.de

Deutsches Institut für

Urbanistik GmbH

Postfach 120321, 10593 Berlin

### Programm:

www.difu.de/

seminare/seminarliste.phtml

# Difu aktiv

## Difu-Ansprechpartnertreffen

Das diesjährige Difu-Ansprechpartnertreffen findet am 12. und 13. Oktober 2009 in der Stadt Leipzig statt.

Veranstaltungsort ist das Neue Rathaus, Martin-Luther-Ring 4-6.

Im Juni werden die üblichen Informationen zu den angebotenen Workshops und weiteren Programmpunkten an die Ansprechpartner geschickt und im Internet bereitgestellt.

## Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem

Telefon: 030/39001-208/-209

E-Mail: [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)

**Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann** referierte am 11.1. im Rahmen des Neujahrsempfangs in Eisenach zur „Zukunft der Mittelstädte – Bedeutungsverlust oder Entwicklungschancen?“. Am 22.1. war Beckmann Podiumsteilnehmer der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) durchgeführten Veranstaltung „Renaissance der Stadt durch steigende Mobilitätskosten – Herausforderungen für die Stadt- und Verkehrsplanung“ und referierte zum Thema „Renaissance der Innenstädte? – Renaissance der Nahmobilität?“. Am 27.1. nahm er an einer Anhörung der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung teil und hielt einen Vortrag zum Demografie-Konzept der Stadt Berlin. Als Jurymitglied beteiligte sich Beckmann am 3. und 4.2. in Augsburg am Ideenwettbewerb Innenstadt Augsburg. Am 10.2. hielt er im Rahmen der gemeinsamen Fachtagung von Difu, DST und EVVC zum Thema „Veranstaltungshallen im Zeichen von Nachhaltigkeit und demographischem Wandel“ den Vortrag „Der demographische Wandel und seine Konsequenzen für die Städte.“ Ferner hielt er den Eröffnungs- und Abschlussvortrag zur Veranstaltung „IBA! Klima? Klimawandel – Thema für eine Internationale Bauausstellung in Berlin“, die von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Difu, dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sowie der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung in Kooperation mit der FES am 25.2. in Berlin durchgeführt wurde.

**Stephanie Bock** nahm am 20. und 21.2. in Wiesbaden am Gründungstreffen der AG Stadtsoziologie in Theorie und Praxis teil und hielt den Vortrag „Wir liefern die reale Welt – Thesen zur Kooperation von Forschung und kommunaler Praxis in transdisziplinären Forschungsverbänden“. Anlässlich des Fachgesprächs „Wohnungs- und Verkehrspolitik für alle. Gender Mainstreaming als Planungsinstrument im öffentlichen Raum“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 26.1. in Berlin referierte sie über „Gender Mainstreaming – Ein Beitrag zu lebenswerten Städten für alle. Ziele, Erfolge und Grenzen“.

**Tilman Bracher** wurde in den Expertenbeirat und die Jury des BMU-Projekts „Zero Emission Mobility“ berufen, das darauf abzielt, mittels einer Kampagne und eines Städtewettbewerbs emissionsfreie Mobilität im Nahbereich durch Verbraucherinformation

und Imageförderung zu unterstützen. Am 21.1. hielt er vor dem Verkehrsausschuss des Verbands der Automobilindustrie den Vortrag „Handlungsdruck der Kommunen“.

Die drei kommunalen Spitzenverbände richteten am 24.2. eine „Kommunale Koordinierungsgruppe Radverkehr“ ein, an der auch Vertreter verschiedener Kommunen beteiligt sind. Die Aktivität wird durch das BMVBS im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans unterstützt und vom Difu über das Fahrradportal kommuniziert: [www.nrvp.de](http://www.nrvp.de).

**Christa Böhme** war in Frankfurt am Main Jury-Mitglied beim KfW-Award „Europäisch Leben – Europäisch Wohnen“ 2009: „Fitnessprogramm für die eigenen vier Wände – Wohneigentum energetisch sanieren und ästhetisch bewahren“.

**Holger Floeting** war Reviewer-Mitglied auf der Internationalen Konferenz „Cities 3.0 – smart, sustainable, integrative. Strategies, concepts and technologies for planning the urban future. 14<sup>th</sup> International Conference on Urban Planning and Regional Development in the Information Society“, die vom Competence Center of Urban and Regional Planning in Sitges, Spanien, veranstaltet wurde.

**Gerd Kühn** stellte am 26.1. anlässlich der Veranstaltung „Innerstädtische Einkaufszentren – Impulse für die Innenstadt?“ des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums (KDZ) in Wien die Ergebnisse der Difu-Studie „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“ vor.

**Bettina Reimann** referierte am 28.1. auf der Jahresmitgliederversammlung von Haus & Grund Neukölln zum Thema „Die Stellung von Eigentümern und Eigentümerstandortgemeinschaften in der Stadt(teil)entwicklung: Herausforderungen und Potenziale“ und am 6.2. zu „Stadtteile machen sich stark für die Gesundheitsförderung“. Am 12.2. hielt Reimann im Rahmen des Hamburger Expertenforums „Gesundheitsförderung in der integrierten Stadtteilentwicklung“, das von der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (HAG) und der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz durchgeführt wurde, den Einführungsvortrag zum Thema „Was macht Quartiere zu Orten der Gesundheitsförderung?“.



# Difu-intern

## Neu im Institut

Seit September 2008 unterstützt **Simone Harms** die im Difu angesiedelte „Fahrradakademie“ im Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr. Frau Harms ist für das Anmelde-management der Fahrradakademie zuständig. Die Diplomverwaltungswirtin und Dipl.-Landschaftsplanerin war zuvor in der Geschäftsstelle des Verkehrs-Club Deutschland tätig und einige Jahre in Elternzeit.

Bereits seit April 2008 arbeitet **Franziska Kausch** als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Difu-Standort Köln. Die 27-jährige Diplom-Geographin hat ihr Studium an der Universität Bonn Ende 2007 abgeschlossen und bereits 2005 ein dreimonatiges Praktikum beim Difu im Themenfeld „Klimaschutz in Kommunen“ absolviert. Zudem war sie 2006 im Rahmen eines Werkvertrages für das Difu-Projekt „Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen“ tätig. Franziska Kausch ist in der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ u. a. für die Öffentlichkeitsarbeit zum Förderprogramm „Kommunaler Klimaschutz“ des BMU und die Beratung der Kommunen zuständig.

**Hadia Köhler** unterstützt seit dem 1. Oktober 2008 als wissenschaftliche Mitarbeiterin den Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr im Projekt „Infrastruktur und Stadtentwicklung“, welches durch die Wüstenrot Stiftung gefördert wird. Ziel des Projekts ist die Erarbeitung von neuen städtebaulichen Orientierungen für technische und soziale Infrastrukturen. Frau Köhler studierte Geographie mit den Nebenfächern Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin, Umweltmanagement an der FU Berlin und BWL an der HU Berlin und forschte von 2005–2008 zum Zusammenhang von Stadtstruktur und Alltagsmobilität im DFG-Graduiertenkolleg „Stadtökologische Perspektiven“ am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin.

Seit Januar 2009 arbeitet **Johanna Theunissen** im Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr. Sie ist Mitarbeiterin für Seminarorganisation im Projekt „Fahrradakademie“. Die Diplom-Politologin arbeitete zuletzt als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesgeschäftsstelle vom Naturschutzbund NABU in Berlin mit dem Schwerpunkt Veranstaltungsmanagement.

Seit November 2008 arbeitet **Dr. Angela Uttke** für das Difu. Sie wird insbesondere die Arbeitsbereiche Stadtentwicklung, Stadtgestaltung und Baukultur abdecken. Die 34-jährige Stadtplanerin hat ihre Ausbildung an der BTU Cottbus, der Escuela de Arquitectura Valladolid, Spanien und der University of Wisconsin absolviert. Neben einer freiberuflichen Tätigkeit als Stadtplanerin in städtebaulichen Projekten und in der baukulturellen Bildung war sie seit 2002 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund tätig. In ihrer Promotion setzte sie sich mit städtebaulichen Qualifizierungsstrategien für Einzelhandelsansiedlungen auseinander.



Simone Harms



Franziska Kausch



Johanna Theunissen



Angela Uttke



Hadia Köhler

# Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und Extranet

Seminarberichte, Vorträge, Online-Publikationen

## Herzlich Willkommen!

Das Difu begrüßt die Stadt **Aachen** im Kreis der Difu-Zuwenderstädte. Ab sofort nutzt Aachen die Möglichkeit, sich fachkundig vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) beraten zu lassen. Der Aachener Oberbürgermeister Dr. Jürgen Linden unterzeichnete kürzlich die Beitrittserklärung. Dadurch können Stadtverwaltung und Rat der Stadt Aachen auf die vielfältigen Leistungen des Instituts zugreifen:

Forschungsbegleitung, Fortbildung, Beratung, Datenbanken, Difu-Extranet u.a.m.

[www.difu.de/extranet](http://www.difu.de/extranet)

## Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.  
Telefon: 030/39001-274  
E-Mail: [plagemann@difu.de](mailto:plagemann@difu.de)

Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten haben einen kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

[www.difu.de/extranet/](http://www.difu.de/extranet/)

Der Zugang ist – technisch bedingt – entweder pauschal für die gesamte Stadt eingerichtet oder es werden Passwörter vergeben. Weitere Informationen zum Verfahren [www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml](http://www.difu.de/extranet/extranet-info/zugangsbedingungen.phtml)

Links, die ins Extranet führen, sind ausschließlich für Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte gratis zugänglich:

[www.difu.de/zuwender/Welcome.shtml](http://www.difu.de/zuwender/Welcome.shtml)

## Difu-Newsletter „Berichte“ 1/09

Gesamtes Heft als PDF:

[www.difu.de/archiv/Ber-09-1.pdf](http://www.difu.de/archiv/Ber-09-1.pdf)

HTML-Format: [www.difu.de/publikationen/difu-berichte/1\\_09/](http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte/1_09/)

## Seminardoku: Climate Protection and Urban Traffic – 40 Percent less CO<sub>2</sub>: Towns and Cities on the Starting Line

[www.difu.de/seminare/dokumente/08klimaschutz-stadtverkehr.shtml](http://www.difu.de/seminare/dokumente/08klimaschutz-stadtverkehr.shtml)

## Seminardoku: Kommunal mobil – Klimaschutz im Stadtverkehr

[www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08klimaschutz-stadtverkehr.phtml](http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08klimaschutz-stadtverkehr.phtml)

## Seminardoku: Verstetigung in der Sozialen Stadt

[www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08VerstetigunginderSozialenStadt/](http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/08VerstetigunginderSozialenStadt/)

## Vortrag: Wissenschaftliche Begleitung von gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklungsprozessen: Herausforderungen und Methoden

[www.difu.de/extranet/vortraege/08baer\\_reimann-herausforderungen.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08baer_reimann-herausforderungen.pdf)

## Veröffentlichung: Lebenszufriedenheit in europäischen Städten. Auswertung des Urban Audit European Perception Survey

[www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2009\\_difu-paper\\_lebenszufriedenheit.pdf](http://www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2009_difu-paper_lebenszufriedenheit.pdf)

## Veröffentlichung: Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft

[www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008\\_difu-paper\\_rueckuebertragung.pdf](http://www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008_difu-paper_rueckuebertragung.pdf)

## Vortrag: Gesundheitsförderung im Stadtteil als Zusammenspiel von verschiedenen Akteuren

[www.difu.de/extranet/vortraege/08reimann-gesundheitsfoerderung.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08reimann-gesundheitsfoerderung.pdf)

## Vortrag: Wie sollte es mit dem Stadtumbau weitergehen?

[www.difu.de/extranet/vortraege/08beckmann-stadtumbau.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08beckmann-stadtumbau.pdf)

## Vortrag: Kinder- und seniorenfreundliche Verkehrssicherheitsarbeit – kommunale Investitionen in die Zukunft

[www.difu.de/extranet/vortraege/08beckmann-verkehrssicherheitsarbeit.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08beckmann-verkehrssicherheitsarbeit.pdf)

## Vortrag: Sieben Jahre Stadtumbau Ost: Was wurde erreicht?

[www.difu.de/extranet/vortraege/09beckmann\\_reimann-stadtumbau-ost.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/09beckmann_reimann-stadtumbau-ost.pdf)

## Veröffentlichung: Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft

[www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008\\_difu-paper\\_rueckuebertragung.pdf](http://www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008_difu-paper_rueckuebertragung.pdf)

## Vortrag: Stadt – Ort der Integration? Aufgaben und Chancen der Stadtentwicklung

[www.difu.de/extranet/vortraege/08beckmann-integration.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08beckmann-integration.pdf)

## Vortrag: Urban Mobility Management framework in Germany – a short introduction

[www.difu.de/extranet/vortraege/08-beckmann-integration.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08-beckmann-integration.pdf)

## Seminardoku: Investitionsbedarf in den Kommunen: Ursachen und Auswirkungen des Investitionsrückstands, Möglichkeiten der Bedarfsdeckung

[www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09investitionsbedarf](http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/09investitionsbedarf)

## Vortrag: Verkehrspolitischer Handlungsdruck der Kommunen

[www.difu.de/extranet/vortraege/09bracher-handlungsdruck.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/09bracher-handlungsdruck.pdf)

## Vortrag: Zukunft der Mittelstädte – Bedeutungsverlust oder Entwicklungschancen?

[www.difu.de/extranet/vortraege/08beckmann-mittelstaedte.pdf](http://www.difu.de/extranet/vortraege/08beckmann-mittelstaedte.pdf)

## Veröffentlichung: Flächen im Netz: IT-gestützte Erfassung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien in deutschen Kommunen

[www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008\\_difu-paper\\_flaechen\\_im\\_netz.pdf](http://www.difu.de/extranet/publikationen/difu-papers/2008_difu-paper_flaechen_im_netz.pdf)

# Mediennachlese

Schulen und Straßen vorm Verfall retten. [...] Nach langer Debatte hat das zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung nun Gestalt angenommen. Einen Einfluss darauf kann das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) sich zuschreiben, eine Gemeinschaftseinrichtung des Vereins für Kommunalwissenschaften sowie der Städte und Kommunalverbände. Im vergangenen Jahr hat das Difu die Studie „Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen [...]“ vorgelegt. Die im neuen Konjunkturpaket vorgesehenen Maßnahmen zur Sanierung und besseren Ausstattung von Schulen gehen nun teilweise auf die Vorschläge der fünf Autoren zurück. „Die Studie kam zur richtigen Zeit“, sagt Koautor Busso Grabow. Ein gewisser Handlungsdruck sei ja durch die aktuelle Finanzkrise gegeben. Deshalb wurden die von den Difu-Mitarbeitern ermittelten Zahlen in den letzten Wochen in Fachkreisen intensiv diskutiert. Man habe positiven Zuspruch von den fünf Wirtschaftsweisen sowie aus den Fraktionen und Arbeitskreisen der Parteien erfahren, sagt Grabow. **Financial Times Deutschland, 15.1.2009**

Netzwerke für den Erfolg. Die meisten Kommunen in Deutschland setzen bei der Wirtschaftsförderung auf Clusterstrategien. Doch diese müssen weiterentwickelt und gesteuert werden, damit sie Wirkung zeigen. [...] Eine Analyse des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zum Thema „Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik“ kommt gerade zur rechten Zeit. Ziel der Publikation ist es, einen Überblick über die Clusterpolitik in Deutschland zu geben und hierfür auch Praktiker zu Wort kommen zu lassen. [...] **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11.1.2009**

Einkaufszentren auf grüner Wiese ruinieren Städte. [...] Jetzt hat das größte Stadtforschungsinstitut Europas, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Berlin, erstmals eine Untersuchung vorgelegt und kommt zu überraschenden Schlüssen, die den Gutachten der verschiedenen Kommunen zum Teil diametral widersprechen [...]. Danach werden zwar die wirtschaftlichen Erwartungen, die mancher Bürgermeister mit einer neuen Shopping-Mall für seine Kommune verbindet, zumindest kurzfristig offenbar erfüllt. Unterschätzt werden jedoch die mittel- und langfristigen Kettenreaktionen bis in die vorhandene städtische Bausubstanz hinein, die in den Verträglichkeitsgutachten keine Rolle spielen. In der Breite der Analyse ist die Studie

die bisher ohne Vergleich. [...] Die Forschungsarbeit stellt gängige Hypothesen über den Nutzen dieser Handelsmaschinen von Grund auf in Frage. [...] Denn der Verlust an urbaner Identität kann auf Dauer weder dem Center noch der Stadt nützen. [...] **Welt, 18.12.2008**

Nach der großen Privatisierungswelle rudern viele Kommunen zurück: Für den Bereich Abfallwirtschaft zeigt eine Kurzstudie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) Trends und Erfolge der kommunalen Dienstleister auf. Zwar sei die Rückübertragung von privaten Anbietern aufwändig, doch könnten die Kommunen die Leistungen oft günstiger, zuverlässiger und umweltgerechter anbieten [...], **UmweltBriefe, 11.12.2008**

[...] Warum Bildung so wichtig ist, wird an einer McKinsey-Studie deutlich: Jeder Euro für die frühkindliche Bildung wird demnach mit 12 Prozent für den Einzelnen und die Volkswirtschaft verzinst. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft wollte das nicht glauben und rechnete nach – und kam auf 13 Prozent. Nehmen wir an, eine Bank würde diese Rendite anbieten: ein Dummkopf, wer sein Geld nicht dorthin brächte. [...] Das renommierte Deutsche Institut für Urbanistik hat vor einigen Monaten ausgerechnet, dass allein der dringendste Sanierungsbedarf für Schulgebäude inzwischen auf 73 Milliarden angewachsen ist. Die sind nötig, allein um zu verhindern, dass es nicht reinregnet und dass mancherorts bereits einstürzende Neubauten gerettet werden. [...], **taz, 11.12.2009**

Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern ist in den letzten Jahren die Zahl der Projekte und Initiativen angestiegen, die sich mit Möglichkeiten neuartiger Versorgungs- und Sanitärkonzepte im Bereich der Wasserinfrastruktur befassen. Bisher gab es jedoch keinen systematischen Überblick dieser Initiativen. Eine aktuelle Studie des Forschungsverbundes netWORKS bündelt im Sinne einer Bestandsaufnahme internationale Erfahrungen und dient damit auch als Grundlage für Überlegungen zu den Möglichkeiten der Transformation städtischer Wasserinfrastrukturen in Deutschland. An der Untersuchung waren maßgeblich das Deutsche Institut für Urbanistik, die Arbeitsgruppe für regionale Struktur und Umweltforschung sowie das Institut für sozial-ökologische Forschung beteiligt [...], **UmweltMagazin, 18.11.2008**

## Impressum

### Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

### Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) GmbH  
Postfach 120321, D-10593 Berlin

### Redaktion

Katja Chmielewski (Praktikantin)  
Steffen Selicko (Praktikant)  
Cornelia Schmidt  
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

### Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

### Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275  
E-Mail: verlag@difu.de  
Telefon: 030/39001-253

### Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle  
Telefon: 030/39001-208/-209  
Telefax: 030/39001-130  
E-Mail: presse@difu.de

### Online-Newsletter-Abo:

[www.difu.de/difu-news](http://www.difu.de/difu-news)

### Erscheinungsweise

vierteljährlich

### Jahrgang

Jahrgang 35

### ISSN

ISSN 1439-6343

### Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit verzichten wir darauf, stets männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden.

### Druck

P & R Druck, Berlin.  
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

### Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.  
Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten:  
Deutsches Institut für Urbanistik  
Pressestelle  
Postfach 120321, 10593 Berlin

**Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: 

**Verandkostenpauschale:** Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. ein- bis zweimal im Monat).

**Edition Difu – Stadt Forschung Praxis****\_\_ Expl. Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren**

Von Rolf Junker, Gerd Kühn, Christina Nitz und Holger Pump-Uhlmann  
2008. Bd. 7. 232 S., zahlreiche farbige Abb., Tab., Übers., 35,- Euro  
ISBN 978-3-88118-461-8

**\_\_ Expl. Der große Umbruch – Deutsche Städte und Globalisierung**

Von Werner Heinz  
2008. Bd. 6. 356 S., 38,- Euro  
ISBN 978-3-88118-456-4

**\_\_ Expl. Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik**

Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement  
Hrsg. von Holger Floeting  
2008. Bd. 5. 288 S., 31,- Euro  
ISBN 978-3-88118-450-2

**\_\_ Expl. Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen**

Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien  
Von Michael Reidenbach u.a.  
2008. Bd. 4. 468 S., 41,- Euro, ISBN 978-3-88118-454-0

**\_\_ Expl. Städtebauliche Verträge – ein Handbuch**

Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage  
Von A. Bunzel, D. Coulmas, G. Schmidt-Eichstaedt  
2007. Bd. 2. 400 S., 34,- Euro, ISBN 978-3-88118-428-1

**Difu-Impulse****\_\_ Expl. Städte im europäischen Verfassungssystem**

Symposiums-Dokumentation  
Hrsg. von Klaus J. Beckmann, Arno Bunzel und Gerd Schmidt-Eichstaedt  
Bd. 2/2009. 68 S., Schutzgebühr 15,- Euro  
ISBN 978-3-88118-466-3

**\_\_ Expl. Klimaschutz und kommunales Energiemanagement**

Dokumentation des 13. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten  
Hrsg. von Cornelia Rösler unter Mitarbeit von Vera Lorke  
Bd. 1/2009. 230 S., Schutzgebühr 23,- Euro  
ISBN 978-3-88118-465-6

**\_\_ Expl. Steuerung des städtischen Kfz-Verkehrs**

Parkraummanagement, City-Maut und Umweltzonen  
Hrsg. von Tilman Bracher und Michael Lehmbrock  
Bd. 6/2008. 132 S., Schutzgebühr 18,- Euro,  
ISBN 978-3-88118-460-1

**Difu-Arbeitshilfen****\_\_ Expl. Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche**

Von A. Bunzel, H. Janning, S. Kruse und G. Kühn  
2009. 260 S., teilw. farbig, Schutzgebühr 33,- Euro  
ISBN 978-3-88118-462-5

**Sonderveröffentlichung****\_\_ Expl. Folgekosten der Siedlungsentwicklung**

Bewertungsansätze, Modelle und Werkzeuge der Kosten-Nutzen-Betrachtung  
Hrsg. von Thomas Preuß und Holger Floeting  
2009. Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band III. 192 S., kostenlos, ISBN 978-3-88118-443-4

**Difu-Papers****\_\_ Expl. Kommunen und ihre Beratungsbedarfe in ausgewählten europäischen Ländern**

Von Christoph Hagen und Werner Heinz  
2009. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

**\_\_ Expl. Lebenszufriedenheit in europäischen Städten**

Auswertung des Urban Audit European Perception Survey  
Von Antje Seidel-Schulze  
2009. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro

**\_\_ Expl. Flächen im Netz: IT-gestützte Erfassung und Vermarktung von Gewerbeimmobilien in deutschen Kommunen**

Von D. Zwicker-Schwarm, B. Grabow u. A. Seidel-Schulze  
2009. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

**\_\_ Expl. Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft**

Von Maic Verbücheln. 2009. 24 S., Schutzgebühr 5,- Euro

**Zeitschriften****\_\_ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft II/2008: Die Zukunft der städtischen Infrastrukturen  
Ca. 140 S., ISBN 978-3-88118-467-0  
Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 35,- Euro

**\_\_ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft I/2008: Innenstadtwohnen: Neue Herausforderungen für die Städte  
108 S., ISBN 978-3-88118-463-2

**\_\_ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

(IMS) Halbjahresschrift, Heft 2/2008:  
Städtische Kulturförderung  
128 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 16,- Euro